

Wien, Mittwoch, den 12. Jänner 1927.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 12. Jänner 1927.

Fortsetzung der Budgetdebatte über den Veranschlag für 1927.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 5 Uhr die Sitzung. Der Gemeinderat tritt sodann in die Verhandlungen über die Verwaltungsgruppe III (Wahlfahrtswesen) ein. Das Referat erstattet Stadtrat Professor Dr. Tandler. Zur Spezialdebatte sind 17 Redner der Minorität zum Worte gemeldet.

Professor Tandler führt aus: Die Wohlfahrtspflege war auch im vergangenen Jahr sehr in Anspruch genommen. Die Arbeitslosigkeit ist eine besonders grosse geworden und ihre materiellen wie organischen Konsequenzen bedingen die grosse Inanspruchnahme der Wohlfahrtspflege. Nicht nur die Eltern, sondern auch die Kinder leiden unter dem Elend. Die Stadt Wien war bemüht in einem eigenen Fürsorgerahmen der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Selbstverständlich auch in ihrer Wohlfahrtspflege. Wie ungeheuer die Belastung des Budgets durch die Fürsorge von Arbeitslosen im engeren Sinne war, zeigt, dass von der Summe von 21 Millionen Schilling sechseinhalb Millionen Schilling auf jene Fürsorge entfällt, deren Indikation eben die Arbeitslosigkeit war.

Nun zu den Sterblichkeits- und Geburtsverhältnissen. Wir haben im Laufe des vergangenen Jahres 23.000 Geburten und 26.000 Todesfälle zu verzeichnen. Die Zahl der Sterbenden übersteigt also die Zahl der Geborenen. Trotzdem aber ist im Hinblick auf vergangene Jahre die Säuglingssterblichkeit zurückgegangen. Das ist ein kleines Kennzeichen für eine zielbestrebte Fürsorge. Im Jahre 1914 betrug die Säuglingssterblichkeit 14,8 Prozent und kurze Zeit vorher sogar 17 Prozent. 1925 sank sie auf acht Prozent herab und im Jahre 1926 blieb diese Zahl die gleiche. Es ist uns also in Wien gelungen, die Säuglingssterblichkeit auf acht Prozent herunterzudrücken, auf acht Prozent, die ich im Jahre 1914 als physiologisch bezeichnet habe. Dem gegenüber aber steht die kontinuierliche Senkung der Fruchtbarkeit.

Unser Weg führt zur Intensivierung der Fürsorge. Die Zeit aber hindert uns daran, aber nichts destoweniger bemühen wir uns den Verhältnissen sowohl in der Breite als auch in der Tiefe budgetär gerecht zu werden. Wir haben in diesem Budget dafür die Summe von achtzig Millionen Schilling eingestellt. Einen ganz besonderen Zugang hat die offene Fürsorge zu verzeichnen. Im Laufe des letzten Jahres haben in der Magistratsabteilung 8 nicht weniger als 70.000 Menschen Hilfe gesucht. In dieser Zahl sind nicht jene Menschen enthalten, die direkt zu mir gekommen sind, und nicht jene tausenden und abertausenden Menschen, die die Fürsorgeämter der Bezirke aufgesucht haben. Dass wir diesen Ansturm bewältigen konnten, ist den Fürsorgeinstitutsvorstehern und den Fürsorgern zu danken, denen ich hiemit öffentlich Dank sage. (Beifall). Auf die Besprechung der offenen Fürsorge übergehend verweist Redner darauf, dass viele Leute Unterstützungen beanspruchen, die von ihren nächsten Anverwandten erhalten werden sollten und zählt einige Beispiele auf. Eine Mutter wohnt mit ihren Sohn und ihrer Tochter in gemeinsamen Haushalt. Beide sind städtische Angestellte, ledig, mit zusammen 460 Schilling Monatsinkommen, sie hätten doch die Pflicht ihre Mutter ohne Pflegebeitrag der Gemeinde zu erhalten. Eine andere Mutter, die mit ihrer Tochter und ihren verheirateten kinderlosen Sohn zusammen lebt bezieht eine städtische Pfründe obgleich die beiden Kinder zusammen 600 Schilling Monatsinkommen und obendrein ein Zuckerbäckergeschäft haben. In einem anderen Fall kam der Kontrollor in eine vornehmingerichtete Wohnung, der Schwiegersohn der unterstützten alten Frau ist Amtsrat der Finanzlandesdirektion der wohl die Pflicht hätte, für den Unterhalt seiner Schwie-

germutter zu sorgen. Ein Vater, der von der Gemeinde Unterstützung beansprucht und erhält lebt mit seinen drei Söhnen, einer hat 600 Schilling Monatsgehalt der andere ist Tischlermeister, sie könnten den Vater wohl erhalten. Nach Aufzählung weiterer Fälle dieser Art bemerkt Redner, er sei wohl mit allen Mitgliedern des Gemeinderates eines Sinnes, dass solche Menschen keine Unterstützung von der Gemeinde beanspruchen dürfen. Ein alter Wunsch der städtischen Pflinglinge in den Wohlfahrtsanstalten sei der berühmte Nachmittagsmilchkaffee gewesen. Seit 1. Jänner dieses Jahres ist dieser Wunsch erfüllt, aber damit werden die Pflinglinge doch nicht zufrieden sein, denn sie sind überhaupt schwer zufrieden zu stellen, das sei nun bei alten Leuten nicht anders. Die Gemeinde beabsichtige die Pflinglingsgelder zu erhöhen.

Das Bürgerversorgungshaus wird geräumt werden. Gegen diesen Plan wurde eine wütende Agitation entfaltet, aber das kann nicht, sagt Redner von dem einmal gefassten Beschluss nicht abbingen, weil ich der unabänderlichen Ueberzeugung bin, dass das Bürgerversorgungshaus in der Währingerstrasse eine menschenunwürdige Unterkunftstätte ist (Rufe bei der Minderheit: Merkwürdig!) Es ist gar nicht so merkwürdig! Rufe bei der Minderheit: Das ist ein Parteipolitikum! Es wäre ein Politikum, wenn wir den alten Leuten ihr wohlverdientes Stimmrecht nehmen würden. Ich lasse mir nicht zumuten, dass ich parteipolitische Massnahmen unter dem Deckmantel der Wohlfahrtspflege treibe. Dieser Vorwurf ist unberechtigt. Beweis dessen ein Gutachten hervorragender Fachleute, die durchaus nicht Sozialdemokraten sind. Diese Herren, Hofrat Professor Kraus, Zivilarchitekt Cexley und der Direktor des Wilhelminenspitals Schönbauer haben auf mein Ersuchen das Bürgerversorgungshaus besichtigt und in ihren Gutachten angegeben: Das Gebäude ist durch den zunehmenden Verkehr der vorbeiführenden Strasse in seiner Zweckbestimmung arg gefährdet, die alten Leute haben infolge des Strassenlärms nicht die notwendige Ruhe (Widerspruch bei der Minderheit) Ich habe Herrn Gemeinderat Kunschak gebeten, dort einmal eine Nacht zu verbringen, ich lade die anderen Herren auch ein, und werde mich freuen, wenn sie ungestört schlafen können. Im Gutachten heisst es weiter: Das Ueberqueren der Strasse ist für die Pflinglinge und deren Besucher mit grosser Gefahr verbunden. Das Gebäude entspricht nicht den Anforderungen, die vom Standpunkt der heulichen Hygiene zu stellen sind. Die Anlage ermöglicht eine Verbesserung der vorherrschenden Uebelstände nicht. Ein Einbau von Badeanlagen und Waschgelegenheiten würde unverhältnissmässig hohe Kosten verursachen und trotzdem kein befriedigendes Resultat ergeben. Die Gutachter resümieren, dass es vom technischen und hygienischen Standpunkt nicht gerechtfertigt erscheint dieses Gebäude für den jetzigen Zweck weiter zu benützen. Ich muss auch hinzufügen, dass die Strassenbahnkreuzung vor dem Bürgerversorgungshaus nach der Frequenz an zweiter Stelle steht. Täglich verkehren dort an Wochentagen 3490 Strassenbahnzüge, an Sonntagen 4066. Der erste Zug geht um 5:11 Minuten früh, der letzte um 1:2 Minuten nach Mitternacht.

G.R. Preyer (chr. soz.): Aber diese Leute sind doch in der Wienerstadt aufgewachsen,

St.R. Dr. Tandler: Wenn schon von Weanern die Rede ist, möchte ich feststellen, dass von den ³⁶⁰ Insassen des Bürgerversorgungshauses nur sechs in Wien geboren sind. (Stürmische Heiterkeit in der Mehrheit).

G.R. Preyer (chr. soz.): Ihr bringt's unter Euren Leuten keine sechs zusammen, die in Wien geboren sind!

G.R. Rummelhardt (chr. soz.): Das mit dem Bürgerversorgungshaus müssen Sie sich aus dem Kopfe schlagen Herr Stadtrat, das sage ich Ihnen!

St.R. Dr. Tandler: Ich bin auch in dieser Angelegenheit durchaus nicht originell, denn schon im Jahre 1907 sollte unter Dr. Lueger dieses Haus von dort wegkommen. Sie können von mir nicht verlangen, dass ich Verdienste Luegers für mich in Anspruch nehme.

St.R. Rummelhardt (chr. soz.): Aber Dr. Lueger hat nachgegeben und Sie können es auch!

St. R. Dr. Tandler: In einer Rede zu diesem Gegenstand sagte damals jemand: So wie etwas neues in Wien geschaffen werden soll, erheben sich immer die Anhänger des Alten und womöglich dagegen zu protestieren. Das Bürgerversorgungshaus ist von aussen sehr schön, im Innern verhältnismässig gut eingerichtet, aber es ist nach dem alten System mit grossen Zimmern gebaut, in denen 20 Personen beisammen sein müssen. Man kann nicht Ehepaare zusammenbringen, wie sie es wünschen, die Forderung der Pietät und Humanität erfordert eine Verlegung und wir wollen sie nach Lienz geben. Das ist kein Unglück, denn dort haben sie Licht und Luft". So sprach am 26. November 1907 Bürgermeister Dr. Karl Lueger (Lebhafte Hört! Hörtrufe bei der Mehrheit und Rufe: Bravo Lueger!) Ich habe diese Worte deshalb zitiert, weil ich mich was die Humanität und Pietät anlangt mit dem verstorbenen Bürgermeister Lueger eins weiss.

Leider muss festgestellt werden, dass unser Wohlfahrtsbudget auch in überflüssiger Weise belastet wird. Wir haben im Jahre 1926 an Verpflegskosten für Ausländer nicht weniger als 861.000 Schilling ausgeben müssen. Davon entfallen auf die Kinderpflege 299.000 Schilling, auf die Irrenpflege 460.000 Schilling und auf ausländische Pflegelinge in den Versorgungshäusern 102.000 Schilling. Wir haben allen Grund, die Internationale Öffentlichkeit auf diesen Umstand aufmerksam zu machen. Die Gemeinde vollbringt hier wirklich eine Leistung, die vollkommen einseitig von ihr verlangt und geboten wird, ohne dass unseren Bürgern in den fremden Staaten dafür auch nur die geringste Gegenleistung zuteil wird.

Wir haben im Laufe der letzten Jahre die Zahl der Betten für Obdachlose stark vermehrt. Die Gemeindeverwaltung verfügt gegenwärtig über 2340 Betten für Obdachlose. Dazu kommen noch jene Plätze, die in den städtischen Wärmestuben in den Wintermonaten zur Verfügung stehen. Erst vor wenigen Tagen hat die Gemeindeverwaltung eine Baracke des früheren Ginzinger Spitals als Wärmestube eingerichtet und hiedurch einen begrüssenswerten Zuwachs erhalten. Man hört nun vielfach von der ungeheuren Obdachlosigkeit in Wien, liest, dass viele Menschen unter Brücken und im Freien übernachten müssen. Das ist nicht notwendig. Selbst in der strengsten Zeit, in den Kältetagen Ende Dezember haben wir täglich mindestens 500 Betten im städtischen Obdachlosenasyll frei gehabt. Es gibt eben eine Reihe von Menschen, die es nicht für angezeigt finden, ihren Namen und Charakter noch dazu vor einer Behörde zu nennen. Die Gemeinde könnte die Zahl der Plätze für Obdachlose noch vergrössern, sie wird niemals jenen Obdachlosen beisammen können, die schon jetzt die freien Plätze nicht besetzen. Wenn eingewendet wird, dass nach sieben Tagen der Obdachlose wieder unser Heim verlassen muss, so trifft dies nicht mehr zu. Eine solche Bestimmung ist wohl im alten Statut noch enthalten, wir lassen aber die Menschen oft drei Monate ununterbrochen im Obdachlosenheim. Niemand wird auf die Strasse gesetzt, nur alkoholisierte Menschen übergeben wir der Polizei.

Die städtische Jugendfürsorge wird weiter ausgebaut werden. Die Gemeinde hat bekanntlich das Schloss Wilhelminenberg angekauft, in dem ungefähr 200 Kinder Platz finden. Schon im Mai soll dieses Heim eröffnet werden. Es muss festgestellt werden, dass durch den Rückgang der Geburtenzahl auch die Zahl der Kinder, die städtische Fürsorge benötigen, geringer geworden ist. Stark zugenommen hat der Besuch unserer Kindergärten, was darauf zurückzuführen ist, dass jetzt oft beide Elternteile einen Erwerb nachgehen müssen. Ende 1925 hatten wir ⁵⁸ Kindergärten mit 177 Abteilungen. Diese Zahl stieg Ende 1926 auf ⁷⁰ Kindergärten mit 216 Abteilungen und Ende Jänner werden wir 90 Kindergärten mit 256 Abteilungen führen. Rund 8000 Kinder besuchen diese Einrichtung. Meist sind es Kindergärten, die von 7 Uhr früh bis 6 Uhr abends offen stehen. Die Schulkinder- ausspeisung wird gegenwärtig im Durchschnitt von 16.500 Kindern besucht,

wozu noch rund 4500 Kinder aus den Kindergärten kommen. Nur ein Prozent der Kinder zahlt den vollen Preis. Rund 75 Prozent bezahlen für das Mittagessen überhaupt nichts. Unsere Schulzahnkliniken werden ständig vergrössert. Bei ihrer Errichtung hatten wir nur 7478 Leistungen im ersten Betriebsjahr zu verzeichnen, Ende 1926 waren es 89.614 ärztliche Leistungen. 120 Schulen mit rund 26.500 Kinder stehen gegenwärtig in schulärztlicher Behandlung.

Der Gesundheitszustand Wiens war bezüglich der Infektionskrankheiten ein ausgezeichneter. Wir hatten nur eine einzige Typhusinfektion, die achtzehn Menschen umfasste, zu verzeichnen. Sonst war Wien nahezu typhusfrei. Ich muss aber hier ausdrücklich bemerken, welche Gefahr besteht wenn wir kein Quellenschutzgesetz bekommen. Vor dieser Gefahr dürfen wir uns nicht verschliessen. Ich muss in diesem Saal ausdrücklich betonen, dass es höchste Zeit wäre, dass die Regierung ein Quellenschutzgesetz dem Parlament vorlege und das Parlament das Gesetz so rasch wie möglich verabschiede. Es wäre ein ungeheuerlicher Leichtsin, solche Gefahren wissentlich zu übergehen.

Im Alkoholismus sind bedauerlicher Weise Fortschritte zu verzeichnen. Seine Segnungen kommen am besten in der Irrenpflege zum Ausdruck. Hiefür nur zwei Ziffern. Im Jahre 1925 wurden auf dem Steinhof 2380 Menschen aufgenommen, von diesen hatten 35.2 Prozent ihren Irrsinn dem Alkohol zu verdanken. Im Jahre 1926 wurden 2356 Menschen aufgenommen, von denen bei 970 Menschen der Irrsinn auf den Alkoholismus zurückzuführen ist. Durchschnittlich haben von 100 Menschen 41 ihren Irrsinn dem Alkohol zu verdanken, sicher eine furchtbare Ernte.

Die Zahl der Geschlechtskrankheiten nimmt ebenfalls stetig zu. Augenblicklich ist die Zahl der Syphilitischen und gonorrhoeischen Erkrankungen im Ansteigen begriffen.

Eine hervorragende Arbeit auf dem Gebiete der Tuberkulosenfürsorge leistete die Zentralfürsorge. Die Zahl der ärztlichen Untersuchungen betrug im Jahre 1924 25.113, im Jahre 1925 43.000 und im vergangenen Jahr 63.000. Ebenso wie die Zentralfürsorge hat auch die Irrenberatungsstelle ausgezeichnete Resultate hervorgebracht.

Die Summe der Verpflegstage überhaupt betrug im Jahre 1926 über sieben Millionen. Davon entfallen auf die Versorgungsanstalten drei Millionen, auf die Jugend eine Million und auf die Heilanstalten über drei Millionen. Diese Zahl zu erreichen war nur dadurch möglich, dass alle meine Mitarbeiter, das gesamte Personal mit aller Hingabe ihre Pflicht und noch mehr erfüllten. Das Personal über jeden Zweifel erhaben und es gebührt ihm der Dank der Gemeinde. Wir haben noch grosse Aufgaben vor uns, die wir ebenso freudig erfüllen würden, und deshalb bitte ich Sie um die Annahme meines Budgets. (Starker Beifall bei der Mehrheit).

Als erster Redner in der Spezialdebatte ergreift Gemeinderat Lehninger (chr. soz.) das Wort. Der Redner bemerkt, dass das Referat des Stadtrates Professor Tandler wohl das Referat eines hervorragenden Gelehrten war, das aber wenig wirke. Die Gemeinde Wien mit ihren grossen Einnahmen habe die Pflicht, auf dem Gebiete der Fürsorge endlich die Friedenszustände wieder herzustellen. Die Pfründen sind noch nicht valorisiert und ebenso müssten die Pflinglingsgelder und Pflinglingslöhne erhöht werden. In den Fürsorgeinstituten werde ein Spitzelsystem gehandhabt, wodurch wieder viele Missgriffe entstehen. So wurde zum Beispiel einer städtischen Angestellten, der mit einem Monatseinkommen von 280 Schilling, eine kranke Frau und fünf Kinder erhalten muss, mit der Begründung entzogen, dass ihr Sohn sie erhalten müsse. Die Mehrheit lasse nichts unversucht, die alten Leute in den Versorgungsanstalten Ihrer Partei gefügig zu machen. Es gibt in der geschlossenen und offenen Fürsorge Dinge, die verschwinden müssen. Die Kost ist nicht besser geworden in den

12^r jänner

12 / I

27

Dritter Bogen.

Versorgungsheimen, Transferierungen nach Mauerbach, Ybbs und St. Andrä Wörtern werden vorgenommen, der Kirchenbesuch wurde den Pflinglingen eingeschränkt und die Fronleichnamsfeier und die Auferstehungsfeier darf in Lainz nur mehr in der Kirche vorgenommen werden. Die Priester hat man abgebaut und statt zwei Messen kann jetzt nur mehr eine gelesen werden. Während die Pflinglinge in ihren Zimmern zusammengepfercht sind, haben die sogenannten Pflinglingsräte ihr eigenes Sekretariat und ihre eigenen Zimmer. Sie leisten Zutreiberdienste für die sozialdemokratische Partei. Es werden sogar vom Pflinglingen die Monatsbeiträge für die sozialdemokratische Partei eingehoben. Lainz war für einen Belag von drei bis viertausen Menschen gedacht. Jetzt sind draussen 6000 zusammengepfercht. Lainz gibt ein Bild ärgster Verwahrlosung. Vor dem Pavillons befindet sich ein riesiger Misthaufen, die alten Leute können sich in den Alleen nicht mehr aufhalten, weil ihnen der Wind von dieser Ablagerungsstätte den Staub in die Lungen weht. Mit der Kost sieht es schlecht aus. Zwischen dem Morgenkaffee einem warmen Wasser, und dem Mittagessen um zwei Uhr ist keine Zwischenmahlzeit, die Pflinglinge müssen fasten. Kürzlich wurde zu Mittag Beuschel mit Knödeln verabreicht, das sehr dürftig gewesen ist. Es kann einem Jeder leid tun, der gezwungen ist in Lainz zu wohnen und die dortige fettarme Kost zu geniessen. Viermal in der Woche erhalten die Pflinglinge vier Dekagramm Rindfleisch, es ist so hart, dass sie es nicht beissen können. Einmal in der Woche ist Faschiertes, das sogenannte Wiener Geheimnis, weil darin alle Fleischreste der Woche verarbeitet sind. Früher einmal hatten die Pflinglinge an sieben hohen Festtagen im Jahre guten Braten in ausreichender Menge. Jetzt sind diese Portionen so klein, dass man sie kaum mit der Lupe sieht. Eine wesentliche Verbesserung der Kost ist unerlässlich, die Gemeinde verfügt auch über die nötigen Mittel dazu. Es geht nicht an den Pflinglingen statt der Kost Musikvorträge des republikanischen Schutzbundes und eines Mandolinenorchesters, das das Lied der Arbeit aufspielt, zu bieten. Auch von den Nackttänzerinnen, die den alten Leuten etwas vortanzen, werden die hungrigen Mägen nicht satt, die Pflinglinge würden darauf und auf die Konzerte gerne verzichten, wenn sie bessere und reichlichere Kost erhielten. Da kann einem Jeder leid tun, der gezwungen ist in diesem Lainzer Hungerturm sein Dasein zu verbringen. Redner bespricht dann die Verhältnisse in der Versorgungsanstalt in Mauerbach und tadelt insbesondere, dass seit drei Jahren in der Kirche kein Gottesdienst gehalten wurde und dass die Gemeinde keinen Geistlichen anstellt. Er schliesst mit einem Appell von den Versprechungen zu Taten überzugehen.

St. R. Professor Tandler verwahrt sich dagegen, dass Behauptungen ihm in den Mund gelegt werden, die er gar nicht ausgesprochen habe und ersucht Uebertreibungen, die sich in dem Worte "Hungerturm" ausdrücken, zu unterlassen, die Opposition könne doch nicht ihre Aufgabe darin erblicken einfach alles herabzusetzen und der Bevölkerung die Meinung aufzudrängen, dass die letzte Zufluchtsstätte der alten Wiener ein Hungerturm sei. Solche Behauptungen werden vielleicht lediglich auf Grund der Erfahrungen eines einzigen Besuches in Lainz, bei denen ein oder der andere Querulant eine Beschwerde vorbringt, erhoben. Der Misthaufen, von welchem der Voredner sprach hat sich schon unter der christlichsozialen Verwaltung dort befunden und zwar vor der Anstalt. Er bildete das Rendezvous der Koksstierer. Um diese Zusammenkünfte zu vereiteln wurde der Platz mit einem Gitter umgeben, die Ablagerungsstätte soll allmählich mit Humus bedeckt werden. Und nun kommt ein Mitglied des Gemeinderates und stellt die Sache so dar, als ob der Referent den Misthaufen eigens angelegt hätte.

Vierter Bogen.

Gemeinderat Merbaul (chr. soz.) führt darüber Beschwerde, dass die Anordnungen der Fürsorgerräte noch immer überprüft werden. Bezüglich der Versorgungsanstalt Lainz bemerkt der Redner, dass dort die Bediensteten das sozialdemokratische Parteiabzeichen tragen. Ein solcher Bediensteter wurde von ihm auch dabei angetroffen, wie er alte Leute beim Kirchenbesuch kontrollierte. Er ersucht schliesslich die Blindenfürsorgestelle bald in Betrieb zu setzen und auch für eine raschere Abfertigung der Unterstützung an Arbeitslose zu sorgen.

Sodann wird die Spezialdebatte abgebrochen und in die Geschäftsitzung des Gemeinderates eingegangen.

Stadtrat Richter beantragt einen Zuschusskredit von 35.000 Schilling für die Vorarbeiten zur Richtigstellung der Wählerverzeichnisse. Der diesbezügliche Beschluss des Stadtsenates wurde auf Grund einer nach § 96 getroffenen Verfügung bereits durchgeführt.

Die Gemeinderäte Müller und Stöger bringen einige Beschwerden über die Anlage der Wählerlisten vor und Gemeinderat Stöger stellt den Antrag, alle Wahlsiffern und die Zahl der Reklamationen zu veröffentlichen.

In seinem Schlusswort bemerkt Stadtrat Richter, dass Hausbesitzer die amtliche Anlage der Wählerlisten sabotieren.

Der Referentenantrag wird angenommen, der Antrag Stöger der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Nach einem Referat des Gemeinderates Schneider wird zur Deckung der Kosten der Neupflasterung der Hollergasse im XIV. Bezirk ein Nachtragskredit von 22.000 Schilling bewilligt.

Zur Deckung der Kosten für die Instandsetzung der Strassen und Wege in der Siedlung Schmelz wird ein vierter Zuschusskredit von 11.600 Schilling bewilligt.

Der Vorsitzende Gemeinderat Schorsch bricht dann die Beratung ab und verkündet, dass die nächste Sitzung Freitag, den 14. Jänner um fünf Uhr nachmittags stattfindet.